

Innenpolitik

6 Neubesetzungen der Führungsgremien auf Provinzebene – Hu Jintaos Machtbasis gestärkt

Seit dem Ende des XVI. Parteitags der KPCh im November 2002 sind die Führungspositionen in fast allen Provinzen, Autonomen Regionen und regierungsunmittelbaren Städten neu besetzt worden. Die Folge des umfassenden Revirements der Führungsgremien der regionalen Parteikomitees, Regierungen, Volkskongresse und Politischen Konsultativkonferenzen ist eine merkliche Ausweitung der Machtbasis des neuen Generalsekretärs der KPCh und künftigen Staatspräsidenten, Hu Jintao. Die personellen Details der Neubesetzungen sind den *Monthly Data* vom Dezember 2002 und Januar 2003 (im hinteren Teil dieses Heftes) zu entnehmen.

Im Gefolge des XVI. Parteitags hatten acht Parteikomitees auf Provinzebene die Posten der Parteisekretäre neu besetzt. Die neuen Parteisekretäre sind: Zhang Dejiang (Guangdong), Zhang Gaoli (Shandong), Xi Jinping (Zhejiang), Bai Keming (Hebei), Wang Qishan (Hainan), Zhang Xuezhong (Sichuan), Li Keqiang (Henan) und Li Yuanchao (Jiangsu). Im Januar wurden in allen Provinzen bis auf Jiangsu und Shanghai, wo die Neuwahlen für Februar angesetzt sind, die Führungspositionen der lokalen Regierungen, Volkskongresse und Politischen Konsultativkonferenzen neu besetzt.

Die neuen Amtsinhaber sind im Durchschnitt deutlich jünger als ihre Vorgänger. So sind Li Keqiang und Xi Jinping, die neuen Parteisekretäre von Henan und Zhejiang, erst 48 bzw. 50 Jahre alt. Lu Hao, der neue Stellvertretende Bürgermeister der regierungsunmittelbaren Stadt Beijing, zog mit seinem Alter von nur 35 Jahren die Aufmerksamkeit der Medien auf sich. Als verbindliche Regel hat Hu Jintao inzwischen eine Altersgrenze von 58 Jahren für die Besetzung von Minister- und Provinzgouverneursäm-

tern und von 53 Jahren für die Besetzung von stellvertretenden Minister- und Provinzgouverneursämtern eingeführt.

Auffällig ist insbesondere die gestiegene Zahl von Personen mit einem Karrier hintergrund im Kommunistischen Jugendverband. Im Zusammenhang des langjährigen Vorsitzes Hu Jintaos über den Jugendverband sprechen Kommentatoren auch von der „Jugendverbands-Faktion“ (*tuanpai*) als machtpolitische Einflussphäre des neuen KPCh-Generalsekretärs. Dieser Faktion um Hu Jintao zugeordnet werden etwa Li Keqiang und Li Yuanchao, die neuen Parteisekretäre von Henan und Jiangsu, Meng Xuenong, der neue Beijinger Bürgermeister, Li Chengyu und Huang Huahua, die neuen Provinzgouverneure in Henan und Guangdong, sowie Yang Yongliang, Vorsitzender des Volkskongresses der Provinz Hubei.

Der Trend zur Verjüngung gilt auch für die Vorsitzenden in den Politischen Konsultativkonferenzen (PKK) auf Provinzebene, die bislang meist mit Partei- und Regierungskadern an der Ruhestandsgrenze besetzt worden waren. In Hubei und Xinjiang etwa sind die Posten jeweils durch 55-jährige ZK-Kandidaten besetzt worden. Die staatlichen Medien stellten außerdem die Tatsache besonders heraus, dass in Zhejiang und Chongqing Unternehmer zu stellvertretenden PKK-Vorsitzenden gewählt wurden. Die Berufung Xu Kuangjus, des Chefs des privat geführten Petrochemie-Unternehmens Zhuanhua und Präsident des Bundes für Industrie und Handel der Provinz Zhejiang, und Yin Mingshangs, Chef der Lifan Industrial Group in Chongqing, wurde als denkwürdiges Signal für die Aufwertung des politischen Status von Unternehmern im Zuge des XVI. Parteitags der KPCh gewertet.

An die Stelle des bisherigen Beijinger Bürgermeister Liu Qi, dessen Stelle vakant geworden ist, nachdem er im November ins Politbüro berufen worden war, tritt der 53-jährige Meng Xuenong. Meng Xuenong hatte bereits über zwei fünfjährige Amtsperioden hinweg das Amt eines stellvertretenden Bürgermeisters in Beijing inne und verfügt daher über reiche kommu-

nalpolitische Erfahrungen. Der neue Bürgermeister verdankt seine steile parteipolitische Karriere seinen früheren Ämtern im Kommunistischen Jugendverband der Stadt, wo er bereits früh mit Hu Jintao in Kontakt gekommen war. Vor diesem Hintergrund gilt er als enger Gefolgsmann Hu Jintaos, der damit auch in der Hauptstadt über persönlichen Rückhalt verfügt. Meng Xuenong gilt als erfahrener Parteipolitiker, der um die Sympathie der Bevölkerung bemüht ist; so kündigte er bei seinem Amtsantritt unter anderem an, dass die Renovierung der alten Beijinger Bausubstanz unter seiner Regierung besondere Priorität genießen werde. Von Liu Qi übernimmt er die verantwortungsvolle Aufgabe, für eine reibungslose Vorbereitung der Olympiade 2008 zu sorgen, für deren Austragung Beijing 2001 den Zuschlag erhalten hatte. Die konkrete Zuständigkeit für die Olympiade wird allerdings nicht bei Meng Xuenong selbst, sondern bei dem ersten stellvertretenden Bürgermeister Liu Jinming liegen. Acht der insgesamt acht stellvertretenden Bürgermeister Beijings sind neu ins Amt gewählt worden, darunter der bereits erwähnte 35-jährige Lu Hao. Lu, der einen beruflichen Hintergrund im Zhongguancun Science and Technology Park in Beijing und in der Verwaltung des Drei-Schluchten-Staudammprojekts hat, wird für die industrielle Entwicklung der Hauptstadt zuständig sein.

Neben Meng Xuenong wird auch der zukünftige Bürgermeister von Shanghai, der 48-jährige Han Zheng (vgl. C.a., 2002/10, Ü 11), als Gefolgsmann von Hu Jintao gehandelt. Meng und Han gelten als aussichtsreiche Kandidaten für zukünftige Führungspositionen in zentralen Partei- und Regierungsorganen. (Xinhua, 19., 22.1.03, nach BBC PF, 21., 23.1.03; XNA, 22., 23.1.03; *Sing Tao Jih Pao*, 22.1.03, nach FBIS, 22.1.03; SCMP, 20., 23.1.03; ST, 7., 16.1.03; WSJ, 19.1.03; *Hsin Pao*, 29.1.03, nach BBC PF, 31.1.03) -hol-

7 Pläne für weitere Straffung der Staatsratsorgane

Wie verschiedenen, im Allgemeinen gut informierten Zeitungen aus Hong-

kong und Singapur im Januar zu entnehmen war, plant die Zentralregierung Maßnahmen zur Restrukturierung verschiedener ministerieller Organe im Staatsrat. Durch die weitere Straffung der Ministerialstruktur soll diese den Anforderungen des WTO-Beitritts und der Marktwirtschaft angepasst sowie die Transparenz der Regulierungsfunktionen verbessert werden. Voraussichtlich werden die Pläne dem für die erste Märzhälfte anberaumten X. Nationalen Volkskongress zur Verabschiedung vorgelegt werden.

Nachdem die Zahl der Ministerien und Staatlichen Kommissionen im Verlauf der letzten Runde der unter Ministerpräsident Zhu Rongji im Jahr 1998 initiierten Strukturreform auf 29 reduziert worden war (vgl. C.a., 1998/3, S.277-287; 2002/4, S.410-423), soll sie in den kommenden Jahren weiter auf 22 oder 23 sinken. Durch die Zusammenlegung von bislang auf verschiedene Ressorts verteilter Kompetenzen und die Bildung neuer Kommissionen des Staatsrats mit übergreifenden Regulierungskompetenzen sollen Überlappungen beseitigt und die Effizienz staatlicher Makrosteuerung verbessert werden.

Gemäß den jüngsten Informationen, die im Kern weitgehend übereinstimmen, in Detailfragen aber auch voneinander abweichen, sollen die folgenden Ressorts in die geplanten Restrukturierungsmaßnahmen einbezogen werden:

- Die Staatliche Kommission für Wirtschaft und Handel (State Economic and Trade Commission, SETC) in ihrer bisherigen Form wird voraussichtlich aufgelöst. Ihre bisherigen Zuständigkeiten in den Bereichen technologischer Investitionen, der Aufsicht über die heimische Volkswirtschaft und der Aufsicht über staatliche Vermögensteile sollen auf andere Ressorts übertragen werden.
- Die bisherige Zuständigkeit für Investitionen im Bereich technologischer Innovation soll an die Staatliche Kommission für Entwicklungsplanung (State Development Planning Commission, SDPC) übergehen. Damit

soll die Aufsicht der Kommission über Großprojekte insgesamt gestärkt werden – eine Aufwertung, die auch im Zusammenhang mit der Strategie zur Entwicklung Westchinas stehen könnte, wo in den kommenden Jahren umfangreiche staatliche Investitionen getätigt werden sollen. Zugleich soll die SDPC außerdem die Planungs- und Forschungsfunktionen übernehmen, die bislang vom Staatsratsbüro für wirtschaftliche Strukturreformen und vom Zentrum für Entwicklungsforschung des Staatsrats getragen worden waren. Im Zuge der Restrukturierung soll die Kommission in „Staatliche Entwicklungskommission“ oder „Staatliche Kommission für Reform und Entwicklung“ umbenannt werden. Damit solle signalisiert werden, dass die Zentralregierung sich endgültig vom planwirtschaftlichen Erbe verabschiedet und sich einer makroökonomischen Steuerung der Marktwirtschaft verpflichtet habe.

- Die bisher von der SETC betrauten Zuständigkeiten im Bereich der Steuerung der Binnenwirtschaft sollen an das Ministerium für Außenhandel und wirtschaftliche Kooperation (Ministry of Foreign Trade and Economic Cooperation, MOFTEC) übergehen. Die bislang getrennten Kompetenzen im Bereich der Binnen- und der Außenwirtschaft sollen damit zusammengeführt werden – ein Schritt, der damit begründet wird, dass mit dem Beitritt Chinas zur WTO eine entsprechende Aufteilung nicht mehr zeitgemäß sei. Um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die chinesische Wirtschaft mit dem WTO-Beitritt vollständig in die Weltwirtschaft integriert sei, solle das MOFTEC zum „Handelsministerium“ (Ministry of Commerce) aufgewertet werden, das binnen- und außenwirtschaftliche Kompetenzen umfasst.
- Im Bereich der Verwaltung staatlicher Vermögensteile, die

bislang teilweise von der SETC und teilweise von anderen Staatsratsorganen (wie dem Finanzministerium, der SDPC u.a.) betraut worden war, soll eine neue Kommission entstehen. Diese neu zu bildende „Staatliche Kommission für die Verwaltung staatlichen Vermögens“ soll die zentrale Aufsicht über das staatliche Vermögen mit einem Gesamtnominalwert von rund 11 Milliarden Yuan RMB führen. Die Privatisierung staatlichen Vermögens hatte in den vergangenen Jahren zu erheblichen Verlusten durch verbreitete Korruption geführt, ein Umstand, den man durch die Zentralisierung der Verwaltungsaufsicht in diesem Bereich beheben will.

- Gestärkt werden soll ferner die Aufsicht über den krisengefährdeten Bankensektor. Mit der Regulierungsfunktion in diesem Bereich soll eine neu zu bildende Staatliche Kommission betraut werden. Die bislang hierfür zuständige Zentralbank, die Chinesische Volksbank, deren interne Reformen der letzten Jahre als wenig erfolgreich gelten, soll sich in Zukunft auf die Wahrung der Geldwertstabilität konzentrieren.
- Eine neue Staatliche Kommission für den Transportsektor soll alle Regulierungskompetenzen in diesem Bereich bündeln, die bisher auf das Eisenbahnministerium, das Verkehrsministerium und das Verwaltungsamt für Zivilluftfahrt verteilt gewesen waren.
- Eine Zentralisierung der Aufsichtskompetenzen soll auch im Telekommunikationssektor erfolgen. Einer Einzelmeldung zu Folge sollen die Regulierungsfunktionen des für den Telekommunikationssektor zuständigen Ministeriums für Informationsindustrie und des Staatlichen Verwaltungsamtes für Rundfunk, Film und Fernsehen zusammengelegt werden.
- Berichtet wurde ferner über Pläne, eine Staatliche Kommission

für den Energiesektor ins Leben zu rufen, um der wachsenden Abhängigkeit Chinas von externen Öl- und anderen Energieträgern Rechnung zu tragen. Diese neu zu gründende Kommission soll ferner Strategien erarbeiten, um die nationale Sicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit Chinas in diesem Bereich langfristig zu sichern.

- Das bisherige Agrarministerium soll auf den Rang einer Staatlichen Kommission gehoben werden. Diese Aufwertung, die mit einer finanziellen Mehrausstattung einhergehen soll, dürfte im Zusammenhang der zuletzt verstärkten Aufmerksamkeit der Zentralregierung für die beschleunigte Entwicklung der ländlichen Gebiete stehen, deren weiteres wirtschaftliches Zurückfallen man aus Furcht vor einer sozialen Destabilisierung verhindern will.
- Schließlich sollen auch im sozialen Bereich die Kompetenzen stärker gebündelt werden. Aus den bisherigen Ministerien für Personalwesen, für Arbeit und soziale Sicherheit und für Zivilverwaltung sollen zwei übergeordnete Ressorts für Humanressourcen und für soziale Sicherung hervorgehen.

Es sollte betont werden, dass sich diese Pläne noch in der Diskussion befinden. Angesichts bürokratischer Eigeninteressen und Widerstände, wie sie in den vergangenen Jahren wiederholt bekannt geworden sind, ist nicht davon auszugehen, dass alle diese geplanten Restrukturierungsmaßnahmen durchgesetzt werden können. Dennoch ist zu erwarten, dass auf dem X. Nationalen Volkskongress eine neue Runde der Strukturreform eingeleitet werden wird, deren Umfang und Intensität denen der letzten Runde von 1998 gleichkommen könnte. (SCMP, 13.12.02, 6., 29.1.03; *Sing Tao Jih Pao*, 7., 11.1.03, nach FBIS, 7., 11.1.03; *Wen Wei Po*, 8., 28.1.03, nach FBIS, 8., 28.1.03; ST, 27.1., 11.2.03) -hol-

8 Abschaffung des Systems lebenslanger Anstellung von Staatsbediensteten

Anfang Januar gab ein Vertreter des Ministeriums für Personalwesen bekannt, dass das System lebenslanger Anstellung von Staatsbediensteten im Laufe der kommenden fünf Jahre endgültig abgeschafft werden soll. An dessen Stelle soll ein System befristeter Verträge treten, die die Rekrutierung, Einstellung und Vergütung von der Erreichung konkreter Ziele abhängig machen. Die Zentralregierung scheint mit diesem Schritt bemüht, die Qualifikation der im öffentlichen Dienst Beschäftigten zu erhöhen und die Effizienz in diesem Bereich zu verbessern, nachdem wiederholte Anstrengungen der vergangenen Jahre, den Beamtenapparat nachhaltig zu verschlanken, wenig Erfolg gezeigt hatten.

Nach Angaben des Ministeriums für Personalwesen sind landesweit insgesamt 30 Millionen Staatsbedienstete in 1,3 Millionen Institutionen des öffentlichen Dienstes, zu denen auch soziale Einrichtungen wie Krankenhäuser und Schulen gehören, von den geplanten Maßnahmen betroffen. Die Umwandlung unbefristeter in befristete Anstellungsverhältnisse soll mit Stellenkürzungen in einem bislang nicht offiziell bezifferten Umfang einhergehen. Du Gangjian, Professor an der Staatlichen Verwaltungsakademie in Beijing und Berater der Regierung in Fragen der Verwaltungsreform, empfahl in einem Medieninterview Personaleinsparungen von 30% in den kommenden Jahren.

Um den Anforderungen einer modernen Verwaltung gerecht zu werden, sollen in Zukunft vermehrt wissenschaftliche und technische Fachkräfte in den öffentlichen Dienst rekrutiert werden. Um kompetentes Personal für verschiedene Spezialbereiche der Verwaltung zu gewinnen, sollen landesweit verbesserte öffentliche Ausschreibungs- und Prüfungsverfahren eingerichtet werden – bisher führen nur einzelne Großstädte Eignungsprüfungen für Verwaltungskräfte durch. Die Gehälter sollen zukünftig stärker nach Qualifikation und Erfüllung vertraglich festgesetzter Aufgaben differenziert werden. Damit sollen auch die Anreize für hochqualifizierte Personen

verbessert werden, eine Laufbahn im öffentlichen Dienst anzustreben. Insbesondere will man mit dem neuen System zurückgekehrte Auslandsstudenten dazu motivieren, ihre erworbenen Spezialkenntnisse im Staatsdienst zur Verfügung zu stellen.

Wenn die geplanten Maßnahmen in der offiziellen Rhetorik auch als tiefgreifender Reformschritt angekündigt wurden, so ist doch zu sehen, dass die Aufgabe des Systems der „eisernen Reisschüssel“ keineswegs schlagartig und radikal erfolgt. Im Zuge der 1998 eingeleiteten Strukturreformen im Verwaltungsapparat sind seither offiziellen Angaben zu Folge 17.000 Bedienstete aus dem öffentlichen Dienst entlassen worden, 22.000 sind ausgeschieden. Auch sind die Wohlfahrtsleistungen wie freie medizinische Versorgung, subventionierter Wohnraum, Kinderbetreuungs- und schulische Angebote etc., die traditionell Teil der Vergütungen im öffentlichen Dienst waren, in den letzten Jahren sukzessive abgebaut worden. Erst Anfang 2002 waren die medizinischen Versorgungsleistungen für knapp eine Million Staatsbedienstete gekürzt worden, die seither persönliche Krankenversicherungsbeiträge aus ihrem Gehalt zu zahlen haben.

Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass die Betroffenen in gewisser Weise auf die Reformmaßnahmen vorbereitet sind und keine grundsätzlichen Akzeptanzprobleme entstehen sollten. Andererseits sprechen die Erfahrungen der letzten Jahre auch dafür, dass die beabsichtigten Personaleinsparungen und Effizienzsteigerungen nur schwer umzusetzen sein dürften. In der Regel erweisen sich die betroffenen Institutionen auf den unteren administrativen Ebenen als sehr kreativ in der Umgehung von Kürzungsmaßnahmen, die auf der zentralstaatlichen Ebene beschlossen wurden. Zwar wird pro forma ein Abbau des Personals eingeleitet, doch wird dieser teilweise durch informelle Umwidmungen von staatlichen in halb- oder nichtstaatliche Anstellungsverhältnisse oder durch die Einführung neuer Vergütungsformen kompensiert. (XNA, 8.1.03; SCMP, 8.1.03; WSJ, 8.1.03; ST, 8.1.03; FT, 8.1.03; *Wen Wei Po*, 8.1.03, nach FBIS, 8.1.03) -hol-

9 „Politische Reformen“ in Shenzhen – Verfrühte Euphorie

In der westlichen Presse häuften sich in den vergangenen Wochen Meldungen über geplante „politische Reformen“ in der an Hongkong angrenzenden Sonderwirtschaftszone Shenzhen, die teilweise von starker Euphorie geprägt waren. Ein Artikel der *Financial Times* etwa begann mit den einleitenden Worten: „China is set to launch its boldest programme of political reform since the 1949 Communist revolution with an experiment in the southern boom town of Shenzhen that envisages imposing strict limitations on the powers of the ruling Communist party while implementing a system of checks and balances borrowed from western democracies.“ (FT, 12.1.03). Hier wie auch in anderen Pressemeldungen wird der Eindruck epochemachender Beschränkungen des Machtmonopols der KPCh mithilfe eines westlichen Demokratien entlehnten Systems der Gewaltenteilung mit Signalwirkung für ganz China vermittelt.

Diese Euphorie scheint angesichts dessen, was über die Inhalte des geplanten Reformexperiments bislang tatsächlich bekannt ist, mindestens verfrüht, wenn nicht grundsätzlich verfehlt. In jedem Fall ist der im obigen Zitat vermittelte Eindruck in verschiedener Hinsicht mit Fragezeichen zu versehen.

Zunächst sind von chinesischer Seite nur sehr vage und wenig konkrete Informationen über die politischen Hintergründe, Ziele, Maßnahmen und den zeitlichen Rahmen der geplanten „politischen Reformen“ bekannt. So ist (semi-)offiziellen Berichten und den Aussagen des Shenzhenener Bürgermeisters Yu Youjun bislang nur zu entnehmen, dass die Zentralregierung in Beijing mit großer Aufmerksamkeit auf die Shenzhen Pläne schaue, die bereits „im Wesentlichen ausge-reift“ seien und die Stadt als Experimentierfeld für Reformen der kommunalen Verwaltung ausersehen habe. Ziel sei es, eine transparentere, verantwortlichere, stärker an rechtsstaatlichen Grundsätzen orientierte und weniger korrupte Regierungsführung zu

etablieren und Shenzhen damit zu einem der besten Investitionsstandorte der Welt zu machen. Dazu solle ein „dreigestuftes Verwaltungssystem“ geschaffen werden, in dem die Bereiche der Politikformulierung, -implementierung und der Aufsicht funktional getrennt und in separaten Verwaltungsabteilungen untergebracht werden sollen. Orientiert habe man sich dabei an den Verwaltungssystemen Hongkongs, Singapurs und anderer Commonwealth-Länder sowie an US-amerikanischen und nordeuropäischen Beispielen. Betont wurde aber von offizieller Seite zugleich, dass das westliche Modell der Gewaltenteilung, also der *checks and balances* zwischen Legislative, Exekutive und Judikative nicht als Vorbild gedient habe.

In dem bereits zitierten Artikel der *Financial Times* wurden Äußerungen des Bürgermeisters Yu Youjun während einer Pressekonferenz dahingehend interpretiert, dass die geplanten Reformen auf eine klarere Kompetenzaufteilung zwischen den Organen der KPCh, der Regierung und dem lokalen Volkskongress abzielten. Danach solle die Rolle der KPCh künftig auf die Politikformulierung, die der kommunalen Regierung auf die Umsetzung und die des Volkskongresses auf die Überwachung der Politik beschränkt werden.

Einige weitere Details waren der Beijing nahen Hongkonger Zeitung *Ta Kung Pao* zu entnehmen. Danach sollen Formulierungs- und Implementierungskompetenzen jeweils getrennt nach den wichtigsten Fachressorts gebildet werden; diese sollen wiederum auf übergreifende Serviceleistungen in den Bereichen Finanzen, Rechtsberatung, Humanressourcen und Informationsdienst zurückgreifen können, die von drei bis fünf Querschnittsabteilungen der öffentlichen Verwaltung bereitgestellt sind. Davon separat sollten Aufsichtsbehörden geschaffen werden, denen unter anderem Experten, „normale Bürger“ und pensionierte Kader angehören könnten; noch offen sei, wie diese Aufsichtsgremien strukturiert und wie viel Kontrollmacht sie erhalten sollten. Ziel sei es, eine „moderne“, „dienstleistungsorientierte“, „rechtsgestützte“ und „öffentlichkeitsorientierte“ Verwaltung zu schaffen.

Wie diese Ausführungen zeigen, überwiegen bislang die rhetorischen Elemente einer „modernen“ Verwaltungssprache, während die Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele äußerst ungenau und abstrakt, wenn nicht unverständlich bleiben. So ist nicht nachzuvollziehen, wie der Wandel von der bisherigen klassischen ressortbezogenen Verwaltungsstruktur hin zu dem neuen System verlaufen soll (Integration der bisherigen Fachressorts in drei neue Sparten der Politikformulierung, -implementierung und -überwachung oder Unterteilung der einzelnen Ressorts in zwei bzw. drei funktionale Untereinheiten?). Unklar bleibt ferner, ob sich die Reformen nur auf den Bereich der Regierung (*zhengfu*) bzw. der öffentlichen Verwaltung im engeren Sinn beziehen oder aber die KPCh einschließen – im letzteren Fall geht aus den Plänen nicht hervor, welche Rolle den Gremien der KPCh in Zukunft zukommen soll – eine klare funktionale Trennung zwischen KPCh, Regierung und Volkskongress vor Ort ist allein aufgrund der Tatsache kaum vorstellbar, da die drei Organe wie auch überall sonst in China durch zahlreiche Personalunionen miteinander verflochten sind. In jedem Fall scheinen die geplanten Experimente weit von einer Gewaltenteilung westlichen Zuschnitts und von einer effektiven Beschränkung des Machtmonopols der KPCh entfernt zu sein, zumal keinerlei Pläne für eine Ausweitung demokratischer Wahlen erwähnt werden.

Schließlich sind die vorgestellten Reformpläne dahingehend zu relativieren, dass ihre baldige Umsetzung keineswegs als ausgemacht erscheinen kann. So ist daran zu erinnern, dass die Hongkonger Presse bereits im Januar 2002 über ehrgeizige politische Reformvorhaben in Shenzhen berichtet hatte, die in Bälde beginnen würden. Ende 2002 wurde die Nachricht dann wieder aufgegriffen, ohne dass die Pläne sich in der Zwischenzeit weiter konkretisiert hätten. Unterdessen mehrten sich die Hinweise zwischen den Zeilen, dass sich die Reformen weiter verzögern könnten, weil einige Ressorts der Shenzhen Verwaltung den geplanten Restrukturierungen teilweise großen Widerstand entgegenzusetzen – offenbar jene Ressorts,

deren Kompetenzen beschnitten bzw. die mit anderen zusammengelegt oder ganz abgeschafft werden sollten. Nach Aussagen von Yu Youjun Anfang Januar sollte die Umsetzung der Pläne „im Februar oder März“ beginnen; zwei Wochen später gab er an, dass der Startschuss „innerhalb der kommenden sechs Monate“ fallen werde.

Angesichts dieser zahlreichen Fragezeichen, mit denen die Meldungen der vergangenen Wochen zu versehen sind, lassen sich die ehrgeizigen Reformvorhaben zum gegenwärtigen Zeitpunkt vor allem auf eine gezielte Public-Relations-Kampagne der Shenzhener Führung reduzieren – die, wie das Medienecho zeigt, ihre Wirkung keineswegs verfehlt hat. Ausschlaggebend dürfte dabei das Motiv gewesen sein, eine Standortwerbung der besonderen Art zu lancieren, um die Attraktivität Shenzhens in den Augen ausländischer Investoren zu heben. Im Gefolge des chinesischen WTO-Beitritts droht Shenzhen als Investitionsstandort relativ zu anderen chinesischen Standorten an Attraktivität einzubüßen, weil die Privilegien, die die Stadt seit 1980 als Sonderwirtschaftszone genossen hat, im Zuge der breiten außenwirtschaftlichen Öffnung des Landes nach und nach schwinden. Steuer- und sonstige Vergünstigungen für ausländische Investoren etwa, die Shenzhen bislang exklusiv vergeben konnte, sind nun inzwischen landesweit erhältlich oder müssen gemäß des Prinzips der Gleichbehandlung in den kommenden Jahren heruntergefahren werden. Vor diesem Hintergrund einer Nivellierung außenwirtschaftlicher Sonderrechte sieht man nun offenbar einen möglichen Wettbewerbsvorteil darin, den Status der Sonderwirtschaftszone durch den neuen Status „Sonderpolitikzone“ zu ergänzen bzw. aufzufrischen. Dabei erweist sich die kommunale Führung Shenzhens durchaus geschickt darin, den verbreiteten Unmut ausländischer Investoren hinsichtlich der Intransparenz, des Bürokratismus und der Korruption staatlicher chinesischer Behörden positiv aufzufangen, indem man in Aussicht stellt, eben diese Übel durch die geplanten „politischen Reformen“ zu beheben. In Zweifel steht allerdings, ob die bislang vage anvi-

sierten Maßnahmen geeignet sein werden, dieses zu leisten.

Trotz all dieser Vorbehalte ist an der jüngsten Kampagne immerhin positiv zu vermerken, dass die Thematik politischer Reformen überhaupt in solcher Intensität diskutiert werden. Unabhängig davon, wie wenig konkret die Reformvorstellungen im Einzelnen bleiben, scheinen sie doch auf einem gewissen Konsens der neuen Führungsspitze der Partei zu beruhen, dass die Fortsetzung der wirtschaftlichen Reformen in China einen Bedarf der Veränderung auch der politischen Strukturen erzeugt.

So machte im Januar auch ein Artikel Li Ruis, eines ehemaligen Sekretärs Mao Zedongs und bekannten Liberalen, in einem in Beijinger Parteikreisen viel gelesenen Theoriemagazin Schlagzeilen. Der 85-Jährige plädierte in diesem Artikel für eine Reform des politischen Systems und eine beschleunigte Demokratisierung. Politische Stabilität, so argumentierte Li, sei unter dem gegenwärtigen System nicht zu erreichen, das vielmehr in die Stagnation und möglicherweise in einen Kollaps führe. Sein Aufruf richtete sich insbesondere an die KPCh selbst: Eine Demokratisierung des Landes müsse vom Zentrum der Partei ausgehen, andernfalls entstehe eine leere Hülse. Als ein fundamentales Bürgerrecht bezeichnete er außerdem die Freiheit der Rede und der Meinungsäußerung, die es gelte, als effektive Instrumente zur Kontrolle parteistaatlicher Willkür besser zu schützen. Solche und ähnliche Ausführungen machen deutlich, dass politische Reformen – auch im weiter gefassten Sinn einer umfassenden Demokratisierung – unter der neuen Führungsspitze nicht mehr unbedingt tabu sind. (*BBC News, Asia-Pacific*, 23.1.02; *CNN*, 26.11.02; *AFP*, 20.12.02, nach *FBIS*, 20.12.02; *Ta Kung Pao*, 20.12.02, nach *FBIS*, 23.12.02; *IHT*, 8.1.03; *FT*, 12.1.03; *SCMP*, 18.1.03; *WSJ*, 16., 23.1.03) -hol-

10 Arbeiterführer aus Nordostchina vor Gericht

Von den vier Arbeiterführern, die nach schweren Arbeiterunruhen in der nordostchinesischen Provinz Liaoning

im März 2002 verhaftet worden waren, sind Mitte Januar zwei vor Gericht gestellt worden. Während Yao Fuxin und Xiao Yunliang auf ihre Urteile warten, wurden die anderen beiden mit ihnen Verhafteten, Wang Zhao-ming und Pang Qingxiang, vorerst aus der Haft entlassen.

Der 57-jährige Yao Fuxin und der 56-jährige Xiao Yunliang wurden von einem Gericht in Liaoyang, der Provinzhauptstadt Liaonings, beschuldigt, die Proteste im März letzten Jahres organisiert zu haben, an denen sich mehrere Zehntausend Arbeiter aus mehreren Fabriken der Stadt beteiligt hatten (vgl. C.a., 2002/3, Ü 11). Erschwerend wurde ihnen außerdem zur Last gelegt, der 1998 gegründeten und im selben Jahr verbotenen Demokratischen Partei Chinas als Mitglieder beigetreten zu sein und sich an einer Gedenkfeier zum zehnjährigen Jahrestag der Niederschlagung der Protestbewegung vom 4. Juni 1989 beteiligt zu haben. Auch Kontakte mit den in Hongkong ansässigen Menschenrechts- und Gewerkschaftsaktivisten Frank Lu Siqing und Han Dongfang werden ihnen zum Vorwurf gemacht. Den Angeklagten droht eine Verurteilung wegen „Subversion der Staatsmacht“, die im Maximalfall mit lebenslanger Haft bestraft wird.

Yao Fuxin und Xiao Yunliang stritten die gegen sie erhobenen Vorwürfe ab. Hinsichtlich ihrer Beziehung zur verbotenen Demokratischen Partei Chinas gaben sie an, 1998 zwar verschiedene Treffen der Partei besucht, sich aber bewusst gegen einen Beitritt entschieden zu haben. Yao Fuxin gestand ein, an der betreffenden Gedenkfeier im Juni 1999 teilgenommen zu haben, allerdings nicht als Mitglied der Demokratischen Partei.

Internationale Gewerkschafts- und Menschenrechtsorganisationen verfolgen den Prozess aufmerksam. Dem Fall wird besondere Signifikanz zugemessen, weil es sich bei den Arbeiterprotesten des vergangenen Frühjahrs um die größten Unruhen seit mehreren Jahren gehandelt hat. Angesichts steigender Arbeitslosigkeit und wachsendem Unmut unter den betroffenen Bevölkerungsgruppen spitzt sich die Frage des parteistaatlichen Umgangs mit Gewerkschaftsbewegungen in China immer weiter zu.

So versucht die Regierung derzeit offenbar bewusst, die offiziellen Gewerkschaften unter dem Dach des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes als Interessenvertretungsorgane der Werktätigen zu stärken. Ein im Januar vom Allchinesischen Gewerkschaftsbund veröffentlichtes *Blaubuch über den Schutz der legitimen Rechte und Interessen von Arbeitern und Angestellten durch die Gewerkschaften* versucht, das öffentliche Image der staatlich organisierten Gewerkschaften entsprechend zu profilieren. Die Gründung freier, vom Staat unabhängiger Gewerkschaften hingegen bleibt bislang strikt verboten, weil die parteistaatliche Führung darin den Keim für eine schlagkräftige Opposition fürchtet.

Unterdessen häufen sich die Meldungen über lokale Arbeiterproteste in ganz China, sodass es aus staatlicher Sicht immer schwieriger wird, die Kontrolle über Gewerkschaftsaktivitäten an der Basis zu behalten. Die zentrale Führung scheint derzeit zu schwanken, ob sie den Protesten mit repressiver Strenge oder aber im Gegenteil mit größerer Duldsamkeit begegnen soll, um die Eskalation und Ausweitung von Arbeiterprotesten zu vermeiden. So wurde von ausländischen Korrespondenten aus Beijing zuletzt berichtet, dass die Sicherheitsbehörden der Hauptstadt angewiesen worden seien, lokale Arbeiterproteste nicht gewaltsam zu unterbinden, und dass sogar einzelne staatliche Medien offen über die Proteste berichtet hätten. Es steht allerdings zu bezweifeln, wie tragfähig diese „neue Toleranz“ ist, sobald lokale Proteste sich zu größeren Arbeiterunruhen auszuweiten und gewerkschaftlich organisiert zu werden drohen. (SCMP, 13., 16.1.03; Radio Free Asia, 27.12.02; FAZ, 16.1.03; *Economist*, 18.1.03; IHT, 21.1.03; Xinhua, 23.1.03, nach BBC PF, 24.1.03; XNA, 28.1.03; WSJ, 23., 27.1.03; ST, 27.1.03; *The Age* (Australia), 31.1.03; ZM, 2003/1, S.17-19) -hol-

11 Freilassung Xu Wenlis

Xu Wenli, langjähriger Regimekritiker und Mitgründer der verbotenen Demokratischen Partei Chinas, wurde am 24. Dezember 2002 aus der Haft entlassen. Xu hatte insgesamt

mehr als 16 der vergangenen 21 Jahre im Gefängnis verbracht. Nach Angaben von Beijinger Behörden wurde der unter Hepatitis leidende Xu nun aus medizinischen Gründen vorzeitig aus der Haft entlassen, unter der Bedingung, das Land zu verlassen. Unmittelbar nach seiner Freilassung wurde er von US-amerikanischen Diplomaten in Empfang genommen, die ihn in die USA eskortierten, wo er sich seither aufhält.

Der 59-jährige Xu Wenli, ein ausgebildeter Elektroingenieur, war seit 1979 politisch aktiv, als er sich in Beijing an der Bewegung zur „Mauer der Demokratie“ beteiligte und eine Untergrundzeitschrift mit dem Titel *April Fifth Tribune* herausgab. Er wurde daraufhin wegen „Subversion des Staates“ im Jahr 1981 zu fünfzehn Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Nach zwölf Jahren Haft wurde er im Mai 1993 entlassen, blieb allerdings weiterhin unter polizeilicher Überwachung. Im Dezember 1998 wurde er unter dem Vorwurf der „Gefährdung der staatlichen Sicherheit“ erneut verhaftet und zu weiteren 13 Jahren Haft verurteilt. Man beschuldigte ihn, „heimliche“ Vorbereitungen zur Gründung mehrerer Zellen der im Herbst 1998 verbotenen Demokratischen Partei Chinas getroffen zu haben – tatsächlich hatte Xu Wenli im Sommer 1998 offen für deren Anerkennung plädiert.

Xu Wenli gilt als der international bekannteste chinesische Dissident nach Wei Jingsheng, der 1997 freigelassen worden war. Human Rights Watch und andere internationale Menschenrechtsorganisationen hatten sich seit vielen Jahren für Xus Freilassung eingesetzt. Kommentatoren zu Folge handelt es sich um das erste Mal, dass ein wegen „Gefährdung der staatlichen Sicherheit“ verurteilter politischer Gefangener vorzeitig aus der Haft entlassen wurde.

Xu Wenlis Freilassung wird allgemein allerdings nicht als Indiz für eine positive Entwicklung im Bereich der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit gewertet. Auch seinen eigenen Aussagen zu Folge gilt Xu vielmehr als ein „bargaining chip“ im sino-amerikanischen Verhältnis. So sollen US-Präsident Bush und der chinesische Staatspräsident Jiang Zemin bei des-

sen Besuch in Texas im Oktober 2002 vereinbart haben, Xu Wenli in die USA zu entlassen. Als strategischer Hintergrund werden die Bemühungen der beiden Staaten gesehen, sich zum Zweck der Bekämpfung des „internationalen Terrorismus“ einander anzunähern – Bemühungen, denen die Freilassung eines bekannten Dissidenten als atmosphärisches Signal zuträglich gewesen sein dürfte.

Xu Wenli ist gemeinsam mit seiner Frau He Xintong ausgewandert, die den bisherigen Wohnsitz der Familie in Beijing aufgeben musste. In Chicago trafen sie mit ihrer Tochter Xu Jin zusammen, die die US-amerikanische Staatsbürgerschaft besitzt. Nach einem Besuch in New York siedelte sich die Familie nun zunächst in Providence, Rhode Island, an. Xu Wenli wurde noch im Januar von der örtlichen Brown University für zunächst sechs Monate zum Visiting Senior Fellow am Institut für internationale Beziehungen bestellt.

Eigenen Angaben zu Folge ist Xu Wenlis vordringlichstes Ziel, die englische Sprache zu erlernen, um seine Stimme der in den USA beheimateten exilchinesischen Demokratiebewegung widmen und sich im Land leichter bewegen zu können. Mittelfristig plane er auch, mit Demokratieaktivisten außerhalb der USA zusammenzuarbeiten, wie etwa mit den in Hongkong ansässigen Menschenrechtsaktivisten Han Dongfang und Frank Lu Siqing, deren Arbeit der vergangenen Jahre er besonders würdigte. In einem Interview mit Radio Free Asia äußerte Xu, dass er seine Hoffnung auf die wirtschaftliche Entwicklung Chinas und die Selbsterkenntnis der parteistaatlichen Führung setze, denen er im Zweifelsfall Vorrang vor einer von außen herbeigeführten politischen Demokratisierung einräumte.

Xu Wenli hat damit die gleiche Perspektive vor sich wie viele seiner regimekritischen Landsleute, die aus chinesischer Haft entlassen, damit allerdings zugleich ihrer Möglichkeiten beraubt wurden, im eigenen Land politisch aktiv zu sein. Eine Rückkehr in die VR China dürfte für Xu ebenso wie für viele andere Aktivisten in den USA und Westeuropa zumindest in den kommenden Jahren ausgeschlossen

sen sein. (*Washington Post*, 26.12.02; *Boston Globe*, 29.12.02; *Economist*, 4.1.03; SCMP, 6.1.03; Jonathan Mirsky, „Xu Wenli, into American Exile“, in: *China Brief*, 14.1.03, http://china.jamestown.org/pubs/view/cwe_003_001_001.htm; *Brown University News*, 21.1.03; www.brown.edu/administration/news_bureau/2002-03/02-052.html) -hol-

12 Studentenproteste in Hefei

Anfang Januar kam es in Hefei, der Hauptstadt der Provinz Anhui, zu Studentenprotesten, an denen sich bis zu zehntausend Studierende beteiligt haben sollen. Hongkonger Meldungen zu Folge handelte es sich um die größte Studentenproteste seit 1989. Da Hefei bereits in den 1980er Jahren Ausgangspunkt für wiederholte Protestaktionen gewesen war, wurde der Nachricht besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Ausgelöst worden waren die Proteste durch einen Verkehrsunfall am 7. Januar, bei dem ein Lastwagen vor dem Eingangstor zu einer Universität in Hefei drei Studenten erfasst hatte; mindestens einer von ihnen kam durch den Unfall ums Leben. Mehrere tausend Studenten versammelten sich daraufhin vor dem Sitz der Provinzregierung und später auch vor dem Sitz des Provinzparteikomitees in Hefei und forderten, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, um eine bessere Verkehrssicherheit in der Stadt zu gewährleisten.

Wie in verschiedenen *chat rooms* im Internet gemeldet wurde, soll sich Hu Jintao, der neue Generalsekretär der KPCh, persönlich in den Vorfall eingeschaltet haben. Um bereits im frühen Stadium eine Eskalation der Proteste zu erreichen, soll er eine harte Bestrafung des Lastwagenfahrers versprochen haben, der noch am selben Nachmittag verhaftet wurde. Auch soll er in Aussicht gestellt haben, die Verkehrssicherheit auf dem und um den Campus der betreffenden Universität zu verbessern. Zuständige Behörden in Hefei sollen daraufhin noch am selben Tag Vorschläge für den Bau einer Fußgängerbrücke vorgelegt haben. Die Proteste lösten sich daraufhin auf.

Wie der Vorfall zeigt, scheuten sich die Studenten nicht, ihren Unmut vor den höchsten parteistaatlichen Instanzen in Hefei zum Ausdruck zu bringen. Trotz der fehlenden politischen Motivation der Proteste scheinen diese sogar für die zentrale Parteiführung in Beijing Anlass zur Sorge gegeben zu haben, da sie offenbar fürchten muss, dass spontane Demonstrationen leicht mit einer politischen Agenda unterlegt werden und sich ausbreiten könnten. In einem Klima verbreiteten gesellschaftlichen Unmuts scheint die Führung im jüngsten Fall eine Strategie frühzeitiger Deeskalation verfolgt zu haben. (*Wen Wei Po*, 9.1.03, nach FBIS, 9.1.03; SCMP, 10.1.03; *Economist*, 18.1.03) -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

13 Neues Programm für Wissenschaft und Technik

Auf der diesjährigen nationalen Januar-Tagung für Wissenschaft und Technik wurde bekannt, dass die Regierung beabsichtigt, ein neues mittel- und langfristiges Programm für wissenschaftliche Forschung und technische Entwicklung aufzulegen. Ziel ist es, mit diesem Programm die internationale Wettbewerbsfähigkeit Chinas zu stärken. Das Programm soll noch in diesem Jahr veröffentlicht werden. Es wird insbesondere Strategien zur Förderung wissenschaftlicher Forschung und technologischer Innovationen enthalten. Strategische Ziele sind die Ausbildung von Wissenschaftlern, die Erlangung von mehr Patenten und die Einführung technologischer Standards. Es wird auch um weitere strukturelle Veränderungen gehen. Wissenschaftsminister Xu Guanhua betrachtet das Jahr 2003 als entscheidend für die Umsetzung von Dezentralisierungsmaßnahmen in Bezug auf die Leitung der Forschungsinstitutionen und für die Realisierung einer besseren Kooperation zwischen den verschiedenen Forschungsorganisationen.

Teilnehmer an der Tagung waren Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft und Technik, des Bildungsministeriums, der Staatlichen Kommission für Verteidigungswissenschaft, -technologie und -industrie, der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, der Chinesischen Akademie der Ingenieurwissenschaften und der Chinesischen Gesellschaft für Wissenschaft und Technik. Sie alle haben Vorschläge für das Programm unterbreitet. (XNA, 7., 8.1.03) -st-

14 Neue Atomkraftwerke am Netz

Anfang Januar 2003 sind in China zwei neue Atomkraftwerke ans Netz gegangen. Das eine Werk liegt in der Nähe von Beijing, das andere im südchinesischen Shenzhen. Bei dem Reaktor 40 km von Beijing entfernt handelt es sich um eine neue Generation von Kernkraftwerken, nämlich um Chinas ersten gasgekühlten Hochtemperaturreaktor. Damit hat China laut Prof. Wu Zongxin vom Institut für Kernenergietechnologie der Qinghua-Universität einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Nutzung der neuesten Nukleartechnologie für zivile Zwecke vollzogen. Nach den USA, Großbritannien, Deutschland und Japan ist China das fünfte Land, das diese Technologie verwendet. Mit einer Kapazität von 10 Megawatt kann der neue Reaktor die dreifache Temperatur konventioneller Kernreaktoren erreichen. Er hat eine zweijährige Probephase mit rund 100 sicherheitsrelevanten Tests durchlaufen. Als Kühlmittel dient Helium. Bei einem Störfall schaltet und kühlt sich der Reaktor automatisch ab; deshalb schließt Prof. Wu eine Katastrophe wie in Tschernobyl aus. Die Entwicklung dieses Reaktors war ein Schlüsselprojekt im staatlichen F&E-Programm für Hochtechnologie und neue Technologien, dem sog. „Programm 863“.

Das Atomkraftwerk Ling'ao in Shenzhen ist ein Reaktor des konventionellen Typs. Es hat eine Kapazität von 2 Mio. Kilowatt. Mit dem nur einen Kilometer entfernten AKW Daya Bay (Daya Wan) verfügt die Provinz Guangdong damit über zwei Kernkraftwerke. Bislang waren in Chi-